

Monatlich
Bogen 2,50 Mk.,
die Post (auschl.
Schiffgeld) 4,50 Mk.
Jahrespreis 25,00 Mk.
Einschließung der Sonntags- und
Feiertage.
Druck und Verlag
H. G. Sommer,
Gmünd und Diez.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Einzelhefte
Die einzelh. Hef. 40 Pf.
Anst. Bel. u. Vertrieb 60 Pf.
Kleinanzeigen 1,50 Pf.

Ausgabestellen:
Diez, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Hein, Bad Ems

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 55

Diez, Mittwoch, den 10 März 1920

26. Jahrgang.

Letzte Nachrichten.

Aus der Nationalversammlung.

Mz Berlin, 9. März. Der deutsch-nationale Antrag auf Auflösung der Nationalversammlung zum 1. Mai ist in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung mit 176 gegen 60 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Besserung der Verkehrswege.

Mz Berlin, 10. März. Minister Döhring sprach in der Reichstags-Sitzung über die Verkehrs- und Verkehrswege. Es sei der Eisenbahnverwaltung gelungen, die Leistungen so zu steigern, daß sie jetzt in der Lage sei, alle Betriebe, namentlich auch die Landwirtschaft, hinreichend zu versorgen.

Die Rückzahlung der Zinsrücklage der Eisenbahn.

Mz Berlin, 9. März. Wie der Berliner Volks-Anzeiger berichtet, ließ in der ersten Märzwoche infolge 100-prozentiger Erhöhung der Eisenbahntarife auch die Eisenbahnen der Eisenbahndirektionen die Einnahmen aus dem Personenverkehr erheblich sinken. Die Abwanderung in die 3. und 4. Wagenklasse vergrößerte sich so, daß sich eine andere Zusammensetzung der Züge als notwendig herausstellte.

Das Wirtschaftsmanifest.

Mz Paris, 9. März. Wie der Matin meldet, ist in dem Wirtschaftsmanifest die Stelle über die „Möglichkeit Deutschlands unterdrückt worden.“

Schwere Kesselexplosion.

Mz Bernau, 9. März. Gegen 8 Uhr 15 Min. im Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Reichsholt ist eine große Kessel-Explosion erfolgt, die unter heftigen Trümmern 30 Arbeiter. Nach endgültiger Feststellung forderte die Explosionskatastrophe insgesamt 14 Tote, 21 Schwerverletzte, sowie eine große Anzahl Verletzte.

Der Völkerverbund.

Die Gesundung der Welt. Die Daily News schreibt: Der Völkerverbund hat seinen verhängnisvollen Fehler nicht damals begangen, als er erklärte, Deutschland müsse die Länder, die es in den Krieg gestürzt habe, bis zum letzten Pfennig entschädigen, sondern als er den Versuch machte, von Deutschland Zahlungen zu fordern, die niemals erzwungen werden könnten, und deren Androhung allein genügt, um nicht nur Deutschland und England, sondern halb Europa in ein wirtschaftliches Elend zu stürzen. Nunmehr hat der Völkerverbund erkannt, daß die Gesundung der Welt von der Gesundung Deutschlands und Rußlands abhängt. Deutschland muß die Bedingungen erfüllen, zu deren Durchführung es nach Ansicht der Wiedergutmachungskommission fähig ist, aber diese Bedingungen sind entweder schon erfüllt oder Deutschland hat bereits die Sicherstellung ihrer Erfüllung gewährleistet. Rußland mußte unverzüglich in den Völkerverbund aufgenommen werden. — In einem Artikel über die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas dringt der Temps darauf, daß sich die Vereinigten Staaten daran beteiligen, da sonst Frankreich vollständig in die Abhängigkeit des konkurrenzlosen ausländischen Marktes die notwendige Bedingung für die wirtschaftliche Aufrichtung Frankreichs liegt. Amerikas Interesse selbst verlange seine Beteiligung, denn schon seine eigene Produktion würde den Dollarmarkt stützen, während das Pfund Sterling rasch stiege. — Der Internationalist ergeht sich in einem Artikel unter der Überschrift: „Keine Revision“ in heftigen Vorwürfen gegen Englands Haltung auf der Londoner Konferenz. Nicht die tatsächlichen Zustände, sondern der Geist, in dem sich gewisse englische Unterhändler dazu entschlossen, demütige Frankreich. Selbst wenn Deutschland nicht alles in den vorgeschriebenen Fristen bezahlen könne, warum verweigere man Frankreich in der Rolle eines unbefriedigten Gläubigers Deutschland gegenüber zu bleiben? Der Vertrag von Versailles sei jetzt weder durch dauernde Bürgschaften am Rhein noch durch den versprochenen englisch-amerikanischen Schutzvertrag gesichert.

Der italienische Ministerpräsident Mussolini ist von London in Paris angekommen. Er bleibt drei Tage. Er begab sich unmittelbar vom Bahnhof zum Ministerpräsidenten Millerand. Mussolini hatte sofort nach seiner Ankunft in Paris eine Unterredung mit Millerand. Das Journal erklärt, daß man sich über die Geschäftigkeit nicht zu wundern braucht, wenn man an die Wendung der Dinge denke, wie sie durch die Londoner Konferenz hervorgerufen worden sei. Die Prüfung der wirtschaftlichen Frage habe die englische und die französische Regierung veranlaßt, von Deutschland und Rußland Entschädigungen zu verlangen, die in französischen Kreisen tiefe Verwirrung hervorgerufen haben. Als man zur Prüfung der ungarischen Friedensbedingungen überging, kam es zu einigen Meinungsverschiedenheiten. Der italienische Ministerpräsident hatte davon Abstand genommen, in der Grenzfrage irgend jemand zu beeinflussen. — Wie der Sonderberichterstatter des Echo de Paris aus London mitteilt, soll Mussolini beantragt haben, die Periode der Geschäfts-Tagen in Berlin schnellstens zu beenden. Es sollten baldmöglichst Wortschläger ernannt werden. Der Berichterstatter glaubt, daß dieser Vorschlag keine Annahme gefunden hat.

Konstantinopel befehlt. Der Daily Telegraph meldet, daß die engl. Regierung mit Rücksicht auf die ernste Lage beschlossen hat, den britischen und maritimen Streitkräften den Befehl zu erteilen, Konstantinopel zu besetzen. Die französische und die italienische Regierung sind ein-

geladen worden, an dieser Maßnahme teilzunehmen, und man erwartet, daß sie zustimmen werden. Wie gemeldet wird, stehen für die Besetzung genügend Truppen zur Verfügung.

Deutsche Milliardenanleihe? Der „Evening Standard“ meldet: Der Deutsche Rat beschloß, Deutschland zu gestatten, eine internationale Anleihe auszusuchen, um sich die notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel zu beschaffen. Es sei noch kein Betrag für diese Anleihe festgelegt worden, die aber der Summe, die Deutschland zur Sicherung der Entschädigung bezahlen müsse, den Vorrang haben würde. Deutschland würde sowohl in den alliierten als in den neutralen Ländern und in Nord- und Südamerika keine Schwierigkeiten ausfinden. In New Yorker Kreisen soll nach dem „Telegraph“ sehr wenig Begeisterung für den Plan, eine internationale Anleihe für Deutschland auszugeben, herrschen. Optimistische Schätzungen zufolge würden 500 bis 1000 Millionen Dollars untergebracht werden können. Um Erfolg zu haben, müsse die Anleihe jedoch einen Zinssatz von 7 Prozent einbringen.

Das wirtschaftliche Manifest hat, wie der „Times“ mitteilt, auf Verlangen der französischen Regierung eine Abänderung erfahren. Die französische Regierung hat ihren Vertretern in London ihre Wünsche bezüglich der wirtschaftlichen Denkschrift überreicht. Diese Wünsche, die sich namentlich darauf beziehen, daß es Frankreich unmöglich sei, irgendeine verhältnismäßige Abänderung des Versailles-Vertrages oder eine Verminderung der Belastung des Wiedergutmachungsanspruchs anzunehmen, haben zur Folge gehabt, daß an dem ursprünglichen Text der Denkschrift einige Änderungen vorgenommen wurden. Andre kleine Abänderungen sind verlangt worden. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Aus dem besetzten Gebiet.

Die französische Presse. Ueber die bisher verbreiteten französischen Propagandablätter im besetzten Gebiet, die Wochenzeitschrift „Le Rhin illustré“ und die Tageszeitung „L'Echo du Rhin“, schreibt der Mainzer Mitarbeiter des Vorrain, Paul Hocquel, diesem Blatt Nr. 48 vom 25. Febr. 1920: Von dem Erfolge dieser Blätter ist er nicht erbaut. Die Gründe des mangelhaften Erfolges liegen, wie er glaubt, besonders im Gebrauch der französischen Sprache, aber auch in den zahlreichen Ungeheuerlichkeiten, wie sie vor allem das Echo du Rhin aufweist, in dem beispielsweise vom „hoch, la hère la plus malfaisante“ die Rede sei. Bessere Wirkung verspricht sich Hocquel von einer deutsch geschriebenen, täglich erscheinenden, klug redigierten Zeitung, die zwar nicht immer Frankreich bis zu den Wölfen erhebt, aber geduldig und methodisch gute Arbeit leistet. Eine so geartete Tageszeitung zieht er einer deutschen Monatschrift vor, deren Gründung für die besetzten Länder eine französische Persönlichkeit ins Auge gefaßt habe.

Die Reichswahlen.

Wie die N. Z. erzählt, wird die Wahl zum Reichstags-Unterricht vor dem Ausbruch eines heftigen Kampfes. Als der Antrag auf Auflösung der Nationalversammlung zum ersten Male heraufgehoben, hat es auch in den Kreisen der Arbeiterparteien zunächst manche gegeben, die diese Anregung für diskutabel gehalten haben. Je näher Überlegung hat sie sich aber als unausführbar erwiesen.

Zurückgeblieben sind jedoch nicht gegen die Fortdauer der Nationalversammlung. Es ist nicht richtig, wenn von der Opposition behauptet wird, daß die Nationalversammlung schon jetzt als verfassungswidrig anzusehen sei. Nach der noch nicht abgegebenen Bestimmung der vorläufigen Verfassung hat die Nationalversammlung die Aufgabe, die Verfassung gemäß sonstige wichtige Reichsgesetze zu erlassen. Diese Bestimmung ist durch die endgültige Verfassung nicht aufgehoben worden. Zu den wichtigsten Gesetzen, von denen hier die Rede ist, gehören zweifellos aber auch die Finanzgesetze. Darüber ist in der Debatte über die vorläufige Reichsverfassung auch gesprochen worden.

Damit ist schon das Gebiet der Hoheitsgewaltserweiterungen berührt. Die Nationalversammlung darf und soll nicht aneinander gehen, bevor sie nicht einigermassen geordnete finanzielle Verhältnisse geschaffen hat. Der neue Staat muß erst Wesen werden. Bis zum 1. Mai kann das nicht geschehen. Indessen steht der Gedanke an den neuen Staat als ausschlaggebende Stelle. Ausschlaggebend sind vielmehr folgende Erwägungen: 1. Die Notwendigkeit, die neue Verfassung möglichst fertigzustellen. 2. Die Notwendigkeit, den Kriegsschädigten und den Kriegs-Witwen und -Waisen diejenige Hilfe zu leisten, auf die sie Anspruch haben.

Die Industrie hat die Arbeiterschaft hat ein berechtigtes Interesse daran, daß nach dem Erlaß des Vertriebsgesetzes das sogenannte Schlichtungsgesetz zur Vermeidung von Streiks in Kraft tritt. Die Industrie legt auf dieses Gesetz großen Wert. Über diese gesetzgeberischen Maßnahmen bis zum Juni fertigzustellen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Nun ist aber bei allen Parteien Einmütigkeit darüber, daß die Monate Juli, August und September für Reichswahlen überhaupt nicht in Betracht kommen. So kommt man dazu, als ersten, für die Reichswahlen in Betracht kommenden Monat den Oktober anzugeben.

Wie bestehen den Wunsch, das deutsche Volk möglichst bald wieder zu Wort kommen zu lassen, damit es sich, entsprechend, wie es regiert werden soll. Aber der Wunsch der Verfassungswidrigkeit der Nationalversammlung, weil sie die Mandate auch nach dem Erlaß der Verfassung noch ausübt, ist unberechtigt und triftige Gründe machen es unmöglich, die Nationalversammlung zum 1. Mai 1920 für aufgelöst zu erklären.

Der von der Deutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichte Entwurf des Wahlgesetzes bestimmt in Ab-

schnitt 1 (Wahlrecht und Wahlbarkeit) u. a. folgendes: Reichstagswähler ist, wer am Wahltag Reichsbürger und 20 Jahre alt ist. Wählen kann nur, wer in die Wahlkreise eingetragen ist oder einen Wahlkreis hat. Wahlbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag 25 Jahre alt ist und seit mindestens einem Jahr Reichsbürger ist. Aus Abschnitt 2 (Wahlvorbereitung) sei über die Wahlkreis-einteilung und Zusammenfassung zu Wahlkreisen hervorgehoben: Die Wahlkreise sind so bemessen, daß auf ihre Gesamtzahl in der Regel 4 Abgeordnete fallen. Zur Einteilung von Wahlkreisen sind die Wahlkreise in Wahlbezirke geteilt, die möglichst mit den Gemein-den zusammenfallen. Für jeden Wahlbezirk wird eine Wahlerliste oder Wahlkartei angelegt und die dort wohnhaften Wähler eingetragen. Für jeden Wahlkreis werden ein Kreiswahlleiter und ein Stellvertreter, für jeden Wahlbezirk ein Wahlbezirksleiter und ein Stellvertreter ernannt. In den Wahlkreisen darf nur auf genommen werden, wer seine Zustimmung dazu erklärt hat. Beim Reichswahlleiter sind spätestens am 30. März vor der Wahl die Wahlvorschläge einzureichen. In den Wahlbezirken darf nur auf genommen werden, wer seine Zustimmung dazu erklärt hat. Zur Prüfung der Wahlvorschläge, Wahlbezirksvorschläge sowie Wahlvorschläge sind je ein Ausschuss gebildet. Der Ausschuss setzt sich mindestens aus einem Mitglied eines Kreiswahlbezirks oder eines Wahlbezirksvorschlags zusammen. Die Angabe der Partei auf dem Stimmzettel wird nicht beachtet. Im Abschnitt 3 (Wahlhandlung und Ermittlung des Wahlergebnisses) heißt es u. a.: Ueber die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet der Wahlvorstand mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt der Wahlvorstand den Ausschlag. Jedem Wahlvorschlag werden so viel Abgeordnetenstimmen zugewiesen, daß einer auf 60 000 für ihn abgegebenen Stimmen kommt. Abschnitt 4 handelt von der Wahl der Reichstagsabgeordneten. Er besagt u. a.: Wahlberechtigt und wahlbar sind auch Reichsbürger, die sich im Auslande ständig aufhalten sowie solche, die es vorübergehend tun und einen Wahlkreis besitzen. Das gesamte Ausland so viel Abgeordnetenstimmen, wie oft die Summe der von ihnen abgegebenen gültigen Stimmen durch 30 000 teilbar ist. Nach Abschnitt 5 (Schlußbestimmungen) tritt das Gesetz mit dem Tage in Kraft, an dem der Reichspräsident die Wahlen zum ersten Reichstag aus schreibt.

Minister Koch machte den Vertretern der Reichstags-Abgeordneten, über den Inhalt der Gesetzesvorlage, betr. das Reichstags-Wahlrecht. Die Ausarbeitung des Wahlgesetzes sei eine Frage der Wahltechnik, bei der parteipolitische und koalitionspolitische Gesichtspunkte vollkommen auszuschalten wären. Der Hauptmangel des bisherigen Systems seien die großen Wahlkreise mit den daraus erwachenden langen Wahlzeiten. Die langen Reisen förderten u. a. auch die Verschwendung von Zeit und Geld. Vertreter zu jeder Liste zu entsenden. Der Gedanke der Einmännigkeit der Wahlkreise sei unüberwindlich. Auch eine Verkürzung der Wahlkreise sei schwer möglich. Deshalb sei beabsichtigt, die größeren Wahlkreise etwas zu verkleinern, so daß drei Wahlbezirke zu einem Wahlkreis und zusammengefaßt würden. Innerhalb dessen dann jede Partei zu bestimmen habe, wie weit sie diese Wahlbezirke in einer einheitlichen Wahlkreise zusammenfassen wolle. Die Wahlbezirke würden etwas mit einigen Ausnahmen den Wahlkreisen entsprechen. Bei der Bestimmung, daß auf 60 000 abgegebene Stimmen ein Abgeordneter komme soll es verbleiben. Ferner soll es Reichstagslisten geben, die große Vorteile hätten. Sie ermöglichen die Wahl von Vätern, die in Abhängigkeit mit einem bestimmten Wahlkreis durch ihre hervorragenden Eigenschaften erwählt seien. Von Einzelheiten seien noch hervorgehoben. Einführung von Wahl-Listen für Parteimitglieder in Städten, von Wahlplätzen für Parteimitglieder, endlich auch das Wahlrecht der Auslands-Deutschen.

Die Auslieferungsfrage.

Um den Kaiser. Das Allgemeine Handelsblatt spricht die Hoffnung aus, daß eine Kaiserfrage infolge der Antwort der niederländischen Regierung nicht mehr bestehen werde. Das Blatt glaubt, daß die Alliierten nicht mehr auf diese Frage zurückkommen würden. Es folgert aus der Note, daß der ehemalige Kaiser innerhalb der Grenzen der Niederlande kein freier Mann sei, und daß die Regierung auf Grund des Auslieferungsgesetzes bestimmen werde, auf welche Weise seine Freiheit Beschränkungen unterworfen wird. Die Regierung sehe den Kaiser auf Grund dieses Gesetzes als einen Ausländer an, der für die öffentliche Ruhe gefährlich sei, und könne ihm demnach innerhalb des Königreichs keinen bestimmten Platz als Verbleib anweisen. Ein diesbezüglicher Beschluß, der alle Zweifel bezüglich der Stellung des Kaisers behebe, könne demnach erwartet werden.

Die Lebensmittelversorgung.

Erhöhte Fischpreise infolge reichhaltiger Fischereiergebnisse. Von der Nordsee fließt der R. Z. geschrieben: Seit etwa 14 Tagen wird eine unerwartet große Menge aus der Nordsee herangezogen. Die Fischpreise sind infolge der richtigen Organisation zurzeit ganz Deutschland reichlich mit frischen Seefischen versorgt werden kann. Denn gefangen werden die Fische nicht in Tausenden, sondern in Millionen von Fischen! Allein an die Haupthandelsplätze Altona und Cuxhaven kamen in den letzten acht Tagen über 3,5 Millionen Pfund Seefische, alles was von

Deutschland.

Participolitisches.

Deutsche Nationalversammlung.

Die Lage in Portugal.

Salvador Portugals den Streik am 29. Februar beschlossen. Die Regierung traf jedoch unverzüglich strenge Maßnahmen zum Schutze der Eisenbahnen. Am 1. März begann der Streik von neuem; sobald verständlich war die Lage. Die Post- und Telegraphenbeamten schlossen sich dem Streik an. Unter den letzten Telegrammen befindet sich eine Depesche des Gouverneurs von Pentebrá, die zusammen mit 1000 Mann Truppen und Streikenden meldet. Nach einer Drahtmeldung der Zeitungen aus Digoji ist ein Militärzug mit Gewehrschüssen und Bomben angegriffen worden und mußte seinen vorgeschriebenen Weg unterbrechen, da die Spanische Militär der Innern macht bekannt, daß Nachrichten von Reisenden, die aus Portugal kommen, besagen, daß dort Unruhen ausgebrochen sind. In Lissabon kam es zu Feuergefechten.

Vereinigte Staaten.

— Taft regt Wilson an, die Verträge zu ratifizieren. Der Berichterstatter des Senats von Paris meldet aus Washington, der ehemalige Präsident Taft klagte Wilson an, auf die Verwerfung des Friedensvertrages hinzuarbeiten, damit er keine Entscheidung über die Bedingungen des Vertrages zu treffen brauche. Wilson habe gesagt, wenn das wahr sei, könnten Wilson und die demokratischen Senatoren nicht die Verantwortlichkeit für den Mißerfolg des Vertrages von sich abweisen. Er frage, ob der verbliebende Wilson aus persönlichen Gefühlen wirklich ein eignes Werk geschieden wolle.

Neues aus aller Welt.

Die schwedische Zweite Kammer stimmte mit 153 gegen 6 Stimmen für den Eintritt in den Balfbund.

Aus Provinz und Nachbargebieten

1: Frankfurt a. M., 8. März. Nachdem in den letzten Tagen der Strohverkauf der Zeitungen durch die Polizei bereits eingeschränkt worden war, sind jetzt Bestimmungen ergangen, das Zeitungsverkaufswesen auf den Straßen zu reguliren. In erster Reihe sollen neben den schon bestehenden Zeitungskiosken die kleinen Selbsterhänger mit dem Verkauf betraut werden.

Zunächst verprügelt wurden auch zwei Brüder, die beim Überfahren des Straßenbahnpoß in der Gasse überfahren wurden.

1: Schwandheim a. M., 9. März. Kernbesitzer Carl Weinberg stellte der Gemeinde zur Disposition von Klei- und Schuhen für bedürftige Knaben und Knaben 5000 Mark zur Verfügung.

1: Friglar, 9. März. Die hier liegende Artillerie
rie bei einem Scharfschießen mehrere Granaten in das Dorf
schützlich. Keins der Geschosse, die auf die Straße und auf
ser fahlen, kam glücklicherweise zur Explosion.

1: Altmanshausen, 9. März. Im dichtesten Nebel fuhr Samstag morgen ein Güterzug auf einen Abstieg. Von den Rügen wurden zahlreiche Wagen vollständig zertrümmert. Der Sachschaden ist sehr erheblich. Wenigstens fünf Wagen

zu Schaden.
: : **Verodorf** (Oberh.), 9. März. Die Brüche namentlich einen gefährdenden Charakter an und fordert bereits eine Opfer. Sämtliche öffentlichen Veranstaltungen war-
abgelehnt. Die Schulen sind geschlossen.

Die Nassau und Umgegend.

Die Deutschnationalen Ortsgruppe hielt am Samstag im Kassauer Hof (Schauer) eine Mitgliederversammlung ab, die trotz des schlechten Wetters auch von auswärtigen Mitgliedern gut besucht war. Der Vorsitzende gab erst einen Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe seit der letzten Mitgliederversammlung in vorigen Jahre und konnte von der Festigung der Organisation und dem Fortschritt neuer Mittheilungen berichten. Die Vorstande in Stadt und Land waren herzlichst willkommen und der nationale Gesang wurde in immer weitere Kreise getragen. Der Bericht über die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage und konnte feststellen, daß — so trübselig diese Lage ist — vielleicht noch wird — allmählich die Erbitterung des Volkes wieder zunimmt und damit die Räder der

Am Diez und Umgegend.

Ein neuer Triebwagen verkehrt seit einigen Tagen auf der Strecke Elmburg-Dez. Er fährt in Elmburg mittags 12.20 Uhr ab und gibt den zahlreichen in Elmburg beheimatheten Dezern Gelegenheit, zu möglichst ergiebiger Ausnutzung der Mittagspause. Zur rechtzeitigen Rückkehr nach Elmburg bieten die planmäßigen Züge Gelegenheit.

Sitzung der Stadtverordneten

zu Diez am 8. März 1920.

Anwesend 17 Stadtverordnete, einschuldige 1 Stadtverordneter. Am Magistratlich Bürgerm-Stellb. Des Beigeordn. Eckhardt, Gastler, Schöffen Ancke und Fuchs. Der seither erkrankte Magistratschöffe Karl Fuchs wurde durch Bürgerm-Stellb. Des mit kurzen Worten in sein Amt eingeführt und durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet. Fuchs dankt und verpflcht, seine Thätigkeit zum Besten der Stadt auszuüben, weist aber entschieden auf die Nothwendigkeit in der Privat- bezw. öffentlichen Interessen

Bei Punkt 2 wird auf Vorschlag des Stadts. Raths
Stadt. Ringshausen als stellv. Schriftführer gewählt.

Die Stadt Beamten pp. nach den staatlichen
Lagen. Die Feuerungsanlagen der Stadt

tionen u. s. w. sollen gleich denen der Staatsbeamten e-
rhalten werden. Für das laufende Bietzelsjahr ergibt dies na-
he die Mehrausgabe von 19000 Mark. Gleichseitig be-
trägt der Magistrat, in Zukunft alle den staatlichen Be-
amten gewährten Teuerungszulagen auch den städt. Be-
amten zu gewähren. Die Deckung der 19000 Mark soll durch
Umschlag zu den Kriegsausgaben, also zu dem Kriegsa-
nlei, erfolgen. Vom Magistrat ist eine

und nähere Auskunft, auch über die Deckungsfrage, da an den Magistrat zutrittsbittet, da neue Gesichtspunkte aufzutreten seien, die eine evtl. Umarbeitung erforderlich machen, im übrigen bittet er aber in die er Ziehung der Anlagen zu betheiligen. (Der Magistrat will sich enthalten).

... ob er den Mehrbetrag nicht auch durch eine weitere
nachsteuer von ungefähr 50 Prozent aufbringen will, de-
wegen Vernehmen nach die Steuereinnahmen des Re-
chnungsjahres 1919 den Say der Reichsabfindung geben
sollen. Im Rechnungsjahr 1920 erhebt ja das Reich alle
Steuern und zahlt den Rücklagenfonds.

...den im Jahr den Gemeinden u. d. eine Abfindung, die
... die Höhe der Steuereinnahmen vom 1919 haben soll.
... diesem Falle ist sehr zu überlegen, ob man die 1900
... auf nicht doch durch Steuer erheben soll, da doch sonst
... Stadt eine jährliche Summe von ca. 19000 Mark
... (Koren ginge). Nach kurzer Debatte, in der Redner alle
... sationen zum Worte kommen, werden die Zulagen be-
... klist, die Dedungsfrage aber an den Magistrat zurück-
... schiefen. Weiter wird der Antrag angenommen, daß in
... künft. grundsätzlich alle Feuerungszulagen der Staatskassen
... ranten auch den städtischen Beamten zugute kommen.

4. Erhöhung der Vergütung für den Krankenwärter, für den Heizer und für die Gekochten der Diakonissen am Stadt-Krankenhaus vom Magistrat beantragte Erhöhung für Krankenträger Lehmann und Heizer Senst wird bewilligt, ebenfalls vom Diakonissenmutterhaus in Bern verlangte, durchschnittlich fast 100 Prozent betragende Erhöhung der Vergütung für Gekochte der Diakonissen. Städt. Schäfer beantragt mit Rücksicht auf die doch verhältnismäßig geringe Entlohnung des Krankenwärters Lehmann und dessen ständiger Beschäftigung, demselben noch eine Zulage in der Form zu gewähren. Der Antrag wird dem Magistrat überwiesen.

3. Erhöhung der Pflegegeldsätze am städt. Krankenhaus. Die weitere erhebliche Vetterung aller Einkünfte u. s. w. macht eine erneute Erhöhung der Pflegesätze notwendig. Der Magistrat schlägt folgende Erhöhung vor: für die 1. Klasse auf 16 Mark, für die 2. Klasse 10 Mark auf 11 Mark und für die 3. Klasse auf 5 Mark für Auswärtige und 5 Mark für Diezer und Unterkömmelkinder. Auf Antrag des Stadtschreibers wird die 1. Klasse auf 17 Mark erhöht und mit dieser Erhöhung der Antrag angenommen.

4. Andererseits Befreiung der zu erhebenden Nachsteuer. Die beim Bezirksausguss beantragte Befreiung einer Nachsteuer mit progressiver Erhebung von diesem verworfen worden, sofern nicht das ganze Verjahr, das eine gleichmäßige Besteuerung hat, noch theilhaftig ebenso gestaltet wird. Dem stehen aber unendliche Schwierigkeiten entgegen, und der Magistrat trägt deshalb die gleichmäßige Erhebung von 100 Proz. von der Veranlagung genehmigt wird.

7. Erhöhung des Schulgeldes für die höhere Mädchenschule. Ein Ministerialerlaß bringt die gleichmäßige Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen. Nach der Sätze für die Realschule schon erhöht worden sind, werden nun auch diejenigen der höheren Mädchenschule erhöht werden, und zwar von 120 auf 200 Mark für Ein- und von 140 auf 220 Mark für Auswärtige. Die Erhöhung wird genehmigt.

8. Erhöhung des Kredits der Stadt bei der Kasi. Landesbank und dem Voranschussverein. Der Geldbedarf der Stadtkasse ist zeitweilig so groß, daß die jetzigen Kasse nicht mehr ausreichen, besonders sind am jetzt bevorstehenden Wechsel des Etatsjahres große Ausgaben zu machen, denen größere Einnahmen nicht gleich gegenüberstehen. Außerdem hat die Stadt für die Einrichtung der Offizierswohnungen in Drantienstein fast 300.000 Mark Voranschuss zu leisten. Der Magistrat beantragt daher eine Erhöhung des Kredits bei beiden Instituten auf 200.000 Mark, was Zustimmung findet.

9. Aufnahme des Darlehens zur Deckung der Kriegsausgaben beim Voranschussverein. In einer früheren Sitzung war beschlossen worden, dieses Darlehen in Höhe von 93.000 Mark bei der Kasi. Landesbank, die es zu 4,25 Prozent ohne Geldbeschaffungskosten geben wollte, aufzunehmen. Nachträglich verlangt nun die Landesbank 2 Prozent, also 1860 Mark, für Vorschaffung des Darlehens. Die Stadt ist nun mit dem Voranschussverein in Verbindung getreten, der es zu 4,25 Prozent ohne weitere Kosten geben will. Es wird deshalb beschlossen, das Darlehen beim Voranschussverein aufzunehmen.

10. Uebernahme einer Bürgschaft für die Gemeinnützige Baugenossenschaft. Zur Aufnahme der Arbeiten benötigt die Baugenossenschaft einen Kredit von 100.000 Mark, welcher beim Voranschussverein beantragt wurde. Dieser ist bereit, ihn gegen Bürgschaft der Stadt Diez zu gewähren. Es entspinnt sich eine kurze Debatte, in der Stadtv. Schäfer und Reinhardt auf die weitere erhebliche Vertenerung aller Baumaterialien hinweisen und deshalb den Baubeginn z. B. für sehr ungünstig halten. Beigeordneter Schäfer macht darauf aufmerksam, daß die Wohnungsnot mit jedem Tag krasser wird, und eine Steuerung derselben durch Zwangsversteigerung unmöglich ist. Die einzige Hilfe sei das Bauen. Die Bürgschaft wird deshalb genehmigt.

11. Anschluß des Polizeiwachmeisters Schmitt an die Ruhegehaltskasse. Der Anschluß wird mit Einschluß der Militärszeit und der Dienstzeit als Hilfsaufseher bei der Strafanstalt genehmigt.

12. Bewilligung eines Betrages zu Gunsten der Bevölkerung in den deutschen Donauländern. Dem Magistrat ist ein Schreiben des stellv. Landrats zugegangen, in welchem die Not der deutschen Kinder an der Donau geschildert und um Spenden gebeten wird. Der Magistrat hat eine Spendenliste aufgelegt und Anmeldungen zur Aufnahme von Kindern in hiesigen Familien angenommen. Er schlägt vor, 500 Mark als Spende der Stadt zur Linderung der Not zu bewilligen. Demgemäß beschließt die Versammlung.

13. Uebernahme der elektr. Lichtleitung in der Trinkhalle seitens der Stadt. Der jetzige Inhaber der Trinkhalle verzicht von Diez und hat der Stadt die durch ihn geleitete Leitung zum Selbstkostenpreis angeboten. Der Ankauf wird mit dem Preis von 583,90 Mark genehmigt.

14. Antrag auf Bildung einer Wahlkommission. Stadtv. Dinslage hatte in letzter Sitzung die Bildung einer Wahlkommission beantragt. Er gibt heute nochmals die Gründe, welche ihn zu dem Antrag bewegen, bekannt. Stadtv. Schmidt weist daraufhin, daß jetzt ja alle Kommissionen gewählt seien, und daß eine besondere Wahlkommission nicht mehr notwendig sei. Der Antrag wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten abgelehnt.

15. Mitteilungen. Ende März findet in Frankfurt a. M. der Kass. Städtekongress statt, an dem vom Magistrat Beigeordneter Schäfer teilnimmt. Als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung wird zu dieser Tagung Stadtv. Borch. Thomas gewählt. Petr. das Finanzamt besteht eine Kavalität zwischen Kasse und Diez, jede der beiden Städte will es haben, anscheinend werde es aber doch unsere Stadt erhalten.

Stadtv. Dinslage fragt an, ob die Stadt nicht versuchen könne, Holz aus den Staatswaldungen zu erhalten. Vom Magistratsrat wird geantwortet, daß ein diesbezüglicher Antrag gestellt sei, und für die Kriegsbeschädigten Holz schon zugewiesen worden sei.

Stadtv. Dinslage bittet weiter im Namen seiner Wähler um eine Abrechnung der Lebensmittelstelle und Veröffentlichung auch nicht rationierter Lebensmittel in den Zeitungen. Daraus antwortet vom Magistrat Schäfer auch als Vorsitzender der Lebensmittelkommission. Die Nachschaffung der Lebensmittel erfolgt durch die Stadt- und mit der Abrechnung derselben erfolgt auch die Abrechnung der Lebensmittelstelle. Petr. die Veröffentlichung nicht rationierter Lebensmittel wird die Lebensmittelkommission eingehend beraten.

Stadtv. Schäfer beantragt, den Rdt. Arbeitern schon jetzt auf die bereits bewilligte, der Versammlung aber noch nicht vorgelegte Lohnhöhung, einen Voranschuss zu gewähren. Der Magistrat verspricht Ausführung.

Stadtv. Kageimer bittet den Magistrat, dem Ehrenfriedhof mehr Aufmerksamkeit zu schenken und ihn besser in Ordnung halten zu lassen. Bürgerm. Schell. hat erwidert, daß Schritte getan seien, daß aber leider von manchen Kreisen der Bevölkerung der Ehrenfriedhof sozusagen zum Schanddinger gemacht werde. (Wir müssen hier beim Reden voll und ganz recht haben, wollen aber doch hoffen, daß es nur Unwünsche sind, und daß es noch Mittel und Wege gibt, hier Besserung einzutreten zu lassen.)

Stadtv. Schäfer bittet den Magistrat, zu seiner Rechtfertigung die Akten betr. die Auflösung des Kassenhauses bekannt zu geben, da von dem Stadtv. Kageimer in der letzten Sitzung behauptet wurde, Schäfer trage die Schuld an der Auflösung des Kassenhauses. Von Seiten des Magistrats war wohl mit dieser Bitte gerechnet worden, denn die Akten waren zur Stelle und erhaben, daß dem Stadtv. Schäfer keinerlei Schuld beigemessen ist. Stadtv. Kageimer will aber anscheinend doch den Wahrspruch seiner Behauptung antreten, wobei ihm aber das Wort entzogen wird. Hiermit war die Tagesordnung erledigt und Schluß der Sitzung 6.45.

Emser Lichtspiel-Haus.

Mittwoch u. Donnerstag
= Grosser Detektivfilm =
Harry Higgs in 5 Akten und
Lustspiel in 3 Akten
Zwei nette Rangen.
Es ladet ergebenst ein A. Lehmann.

Geschäfts-Empfehlung.

Der Mitinhaber unseres Geschäfts, Herr **Fritz Prinz**, Diez ist aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, und sind wir in der Lage, sämtliche einschlägige Arbeiten und Lieferungen in altbewährter Weise wieder auszuführen.

Wir empfehlen

uns in der Ausführung elektr. Licht- u. Kraftanlagen im Anschluß an die Ueberlandzentrale, sanitäre Anlagen, Gas- u. Wasser-Installation, Prüfung u. Neuanlage von Blitzableitern nach dem neuesten System, sowie sämtliche Klempnarbeiten.

Wir liefern:

Elektromotoren in Kupferwicklung, sämtl. Maschinen für Haushaltung, Gewerbe und Landwirtschaft. Badeeinrichtungen usw.

Reparaturen werden prompt und billig ausgeführt.

Gebrüder Prinz, Diez a. d. L.

Technisches Installationsgeschäft.

Die glückliche Geburt eines gesunden
Sohnes

zeigen an

Kapt. P. Vollrath u. Frau
Paula geb. Frank.

Hamburg, 7. März 1920.

Volksabend im Kurtheater

veranstaltet vom Evgl. Kirchengesangsverein
Bad Ems

Sonntag, den 14. März 1920, abends 7 1/2 Uhr.

A. Volkslieder.
B. Der Nachtwächter,
Volkstümliche Posse von Th. Körner.

Eintrittspreise: 5, 4, 3 und 2 Mk. Vorverkauf durch
die Vereinsmitglieder und Samstags von 8—12 Uhr und
vor der Vorführung an der Theaterkasse. [247]



Zentrifugen

in verschied. Grössen u. Fabriken stets
vorrätig, ebenso Original Sack'sche

: Wendepflüge:

offert

Julius Stern, Diez

Telefon Nr. 232

Achtung! Achtung!
Für Wiederverkäufer und Hausierer.

Bürsten jeder Art

Garantie für bestes Material. (Kein Ersatz.)
Eigene Fabrikation.

— Auch Reparaturen werden angenommen. —

Gebr. Christ, Seelbach b. Nassau
Post Obernhof.

Theater in Diez.

Freitag, den 12. März 1920,
im grossen Saal des Hof von Holland
Operetten-Gastspiel von Mitgliedern des Schumanntheaters Frankfurt a. M. unter persönlicher
Leitung des Oberspielleiters Emil Nothmann.
Neuheit! Zum erstenmale. Neuheit!

Die Rose von Stambul.

Operette in 3 Akten von Julius Brommer und Alfred Grünwald.
Musik von Leo Fall. Spielleitung: Dir. E. Nothmann.
Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Sommer.

Preise der Plätze im Vorverkauf bei Ph. H. MECKEL Sperrnitz
Mk. 5, I. Platz Mk. 4, II. Platz Mk. 3.

An der Abendkasse Sperrnitz Mk. 5,50, I. Platz Mk. 4,50
II. Platz Mk. 3,50, Galerie Mk. 2. [215]

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Bonsbücher

mit 1673 Buns zu haben in der
Druckerei Commer, Bad Ems.

Geberüben- u. Zwiebelsamen

selbst gezüchtet, von alle Sort.
Gemüsesamen empf. hlt

Andr. Kühnle,
Bad Ems, Bachstraße.

Dr. Zimmermann'sche kaufm. Privatschule

Inhaber C. HACKE,
Buchschaffverwalter, COBLENZ.

Jahres- Halbjahrs- u. höhere Fachklassen.

Beginn des 27. Schuljahres
20. April 1920.

Näh. d. Prospekt. Persönl. Aus-
kunft im Schulhaus

Hohenzollernstr. 148.

Altpapier

zum Einstampfen

kauf zu höchsten Preisen

Dürer Papier und

Papierwaren

Georg Tewes,

Düren. Postfach 119.

Zimmermädchen, Portierfräulein

gesucht

Stadt London, Ems.

Junges 257

Mädchen

für Badgeschäft gesucht.

Wo sagt die Geschäftsstelle.

Küchenmädchen

und jungerer

Haushälter

für die Saison ges. 253

Hotel Soltau, Bad Ems.

Junges Burche als

2. Hausdiener,

Mädchen f. d. Küche,

Waschfrau

für sofort gesucht.

Hotel Schützenhof,

Bad Ems.

Jüngerer

Knecht

für Landwirtschaft sucht

Müller, Drantienstein.

für Möbelschreineri sucht

W. R. Müller,

Rahenelsbogen.

214

Klavier

kann zum Ueben benutzt

werden. **Bleichstr. 7, part.,**

Ems.

Verkaufe

einen fast neuen

Askania Vor- und

Mehlsichter

(zwecks Größe). Länge des

Mehlsichters 2,25 Mtr. und

Vorrichter 2 Mtr. (Fabrikat

Siedt, Dresden. 254

W. H. Arzt,

Obermühle b. Altenhausen,

Post Singhofen.

Apfelpyramiden, Erdbeerpflanzen, Steckwiebeln

alle Samenarten empf. hlt

Gärtnerei Maurer,

Dausenau.

249

Ein schöner, wachsender

Nettenhund

preiswert zu verkaufen. [250]

Holl,

Seelbach, Post Obernhof.

Gut erhaltene 220

Wäschmangel

zu kaufen gesucht.

Hr. Koenig,

Schweighausen, Post Nassau.

1 Partie 3 Mtr. lange

Bretter,

fast neu, zu verkaufen. 213

Platzgraben 4, Ems.

Ein trachtiges 248

Rind,

gefahren, zu verkaufen.

Georg Reiser,

Rahenelsbogen 10 b. Ems.

Schreibmaschine

zu kaufen gesucht.

Steinberg,

Villa Hindenburg, Bad Ems.

Mansarden-Wohnung

2 Räume (Gas und Wasser)

zu vermieten.

Wintersbergstr. 10, Ems.

Wohnung

und sonstigem Zubehör in gutem

Stand in Bad Ems.

Offerten mit Preis sind zu

richten unter v. E. 70 an die

Exped. d. Blg. 216

Kaufe ganze Einrichtungen

wie Möbel aller Art

zu d. höchsten Preisen.

Georg Jenthaber,

Coblenz, Flornspaffen-

gasse 5, a. b. Viehstraßenbrücke.

Telefon 592. Nachr. genügt.

Bettstätten!

Befreiung sofort. Alter u. Ge-

schlecht angeb. Anz. unwesentl.

Neud. Klart. v. Reichertshausen a. Mosel. 217

Zahle

für Stridwolle

das R 10 15 M.

gewöhnliche Sumpen

das R 10 30 Bg.

Jakob Erbach,

Diez, Altermarkt 2. [266]

Kranken Frauen

und Mädchen teils ich un-

entgeltlich mit, wie ich von

meinem langjährig. Frauen-

leiden (Blutarmut, Weißfluß)

in kurzer Zeit befreit wurde.

Rückporto erbeten.

Frau Bertha Koopmann

Berlin W. 35.

Potsdamer Straße 104.

Kirchliche Nachrichten.

Bad Ems.

Evangelische Kirche.

Parrische.

Donnerstag, den 11. März 1920

Nachmittags 4 1/2 Uhr.

Psalm 130. 1. Lesung.

Herr H. K. K. K. K.

Diener: 73 71. B 10

Nassau.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 14. März, 8.45

Uhr: Hauptgottesdienst

Herr H. K. K. K.

Donn. 1 Uhr: 2. Gottesd.

Nachm. 2 Uhr: Hr. Dr. K.

Amst. woch: Hr. Dr. K.

Freitag, den 19. März

7 1/2 Uhr abends

Gottesd. in der Klein-

kinderkirche.